
Parteilose in der Kommunalpolitik

Eine Untersuchung bei Mitgliedern von Schweizer Gemeindeexekutiven¹

Hans Geser / Urs Meuli
Soziologisches Institut der Universität Zürich
2010/2011

4. Kapitel: Zum Erosionsprozess der Schweizer Lokalparteien

4.1 Lokale Parteien in der Schweiz

Trotz ihrer Organisationsschwäche und Unprofessionalität kommt den Parteien auf Gemeindeebene eine eher grössere Bedeutung als auf Kantons- oder Bundesebene zu, sind sie doch in kleineren Kommunen in der Regel die einzigen organisierten Vereinigungen, die sich *regelmässig und hauptsächlich* mit politischen Fragen befassen. Deshalb sind die Lokalparteien oft unverzichtbar, um den politischen Prozess in Gang zu halten und die kommunale mit der überlokalen Politik zu verknüpfen.

Ebenso ist die der Massenmedien auf lokaler Ebene oft so gering, dass sich die politische Meinungsbildung relativ stark unter Parteieinfluss vollzieht.

Als Folge davon zerfällt die kommunalpolitische Szene

a) in einen kleinen Kernbereich *primärer politischer Akteure* (vor allem formelle Behörden und Kommissionen sowie politische Parteien), die alle regelmässige und konzeptuelle politische Arbeit monopolisieren

b) in eine unscharf begrenzte Peripherie verschiedenartigster *sekundärer Akteure* (Individuen, Firmen, Institutionen, Vereine, Verbände u. a.), deren Interventionen eher unberechenbar, unprofessionell und punktuell erfolgen und auf Grund der Tatsache, dass sie nicht aus einer generellen politischen Gesamtverantwortung heraus erfolgen, auch wenig Legitimation in Anspruch nehmen können.

Demgegenüber fehlt – abgesehen von Grosstädten – jener intermediäre Bereich parapolitischer Interessenverbände, die dauerhaft, systematisch und mit umfassenderer Verantwortlichkeit am politischen Prozess partizipieren, die für einen kompetitiven politischen Pluralismus und einen etablierten "Neokorporatismus" gleichermassen die notwendige Voraussetzung bildet.

In der Schweiz mögen zwar die gut formellen Partizipationsmöglichkeiten (in den Milizbehörden und -kommissionen) dafür sorgen, dass sich zwischen faktischem Einfluss und formeller Kompetenzposition eine höhere Übereinstimmung als in anderen Ländern ergibt. Andererseits aber ist evident, dass neben diesem Kernbereich primärer politischer Akteure eine sehr unscharf abgegrenzte Peripherie sekundärer Akteure (Einzelpersonen, Firmen, Vereine, Institutionen u. a.) in Rechnung zu stellen sind, die nur punktuell und ad hoc (z.B. wenn partikuläre Eigeninteressen anstehen) in die Politik intervenieren.

Aus den Ergebnissen der Gemeindeschreiberbefragung von 1989 lässt sich entnehmen, dass abgesehen von den Ortsparteien vor allem die Freizeit- und Sportvereine sowie – oberhalb von 2000 Einw.) die Gewerbevereine ‚gelegentlich‘ politisch aktiv werden – während Quartier- und Kulturvereine, philanthropische Vereinigungen und Gewerkschaftsgruppen erst in den Städten deutlicher (aber ebenfalls nur sporadisch) in Erscheinung treten. (Geser 1991).

¹ Die empirischen Ergebnisse dieses Forschungsberichts stammen aus dem Projekt : „Gemeindepolitik ohne Parteien?“, das der Schweiz. Nationalfonds vom 1. April 2008 bis zum 31. Sept. 2011 finanziell unterstützt hat (Projekt Nr. 100012-120614).

Die auf Kantons- und Bundesebene feststellbare Regularität, dass viele Vereinigungen mit ursprünglich völlig unpolitischen Zielsetzungen sekundär in politische Rollen hineinwachsen und als parapolitische Verbände sogar staatstragende Funktionen übernehmen, hat in der Gemeindepolitik keine Parallele. Fast durchwegs fehlt ein ausreichend ausdifferenzierter oder gar professionalisierter Führungsapparat, der in der Lage wäre, zusätzlich zu den routinemässigen Binnenfunktionen noch kommunalpolitische Aussenaktivitäten wahrzunehmen oder sich gar spezifisch dafür zu qualifizieren.

Überdies hängt die Kohäsion von Vereinigungen, deren Mitglieder sich andauernd wiedersehen, häufig davon ab, dass kontroverse politische Diskussionsthemen vermieden werden, die die Gefahr mit sich führen, dass sich erbitterte kommunalpolitische Polarisierungen und Stellungskämpfe innerhalb des Vereins reproduzieren (Vidich/Bensman 1968:110; Lehmann 1976, 100ff.)

Nur in jenen wenigen Fragen, in denen dank gemeinsamer Betroffenheit mit einem universellen Konsens gerechnet werden darf, ist eine politische Vereinsartikulation vielleicht sogar besonders naheliegend, weil sie den inneren Zusammenhalt verstärkt. So mag sich ein Tennisclub sehr vehement für neue Sportanlagen und eine Theatergruppe für einen Saalneubau engagieren, ohne im geringsten eine generalisiertere politische Teilnehmerrolle anzustreben.

Generell überwiegen bei den Schweizer Lokalparteien meist die *sachpolitischen* Aktivitäten, weil es im Milieu direkter Demokratie vor allem darum geht, über die Einwohnerversammlung (oder Volksabstimmungen) auf konkrete Fragen Einfluss zu nehmen. *Personalpolitisch* ist der Spielraum eher beschränkt, weil häufig kein Parlament zu bestellen ist und mangels Kandidaten keine Nominationsspiele und Kampfwahlen veranstaltet werden können.

Ebenso über die *sachpolitische* gegenüber der *machtpolitischen* Orientierung, weil im Rahmen kommunaler Konkordanzdemokratie nur wenig Macht zu erringen ist und weil keine attraktiven Ämter zu verteilen sind, wie sie für eine „Patronagepartei“ die Voraussetzung bilden.

In der Terminologie von Samuel J. Eldersveld können die Schweizer Lokalparteien deshalb am ehesten dem Typus der „amateur association of idealists“ zugerechnet werden, der sich rein machtorientierten Parteien, die sich um Führungspersonen scharen („candidate-centered aggregations“) durch ein höheres Gewicht gesinnungsmässig-sachbezogener Motive und Zielsetzungen unterscheidet (Geser et. al 1994: 25; Eldersveld 1982: 165ff.). Der Zustrom von Anhängern wird vor allem dadurch gesichert, dass die meisten Parteien von allen Mitgliedern die formale Bindung an eine Ortssektion fordern, und dass kommunalpolitische Aktivitäten für weiterführende politische Karrieren (z. B. für die Wahl in den Kantonsrat und oder die nationalen Räte) nach wie vor eine wichtige Voraussetzung bilden.

4.2 Der historische Expansionsprozess lokaler Parteien

Seit den 70er Jahren haben vor allem die vier Bundesratsparteien ein fast flächendeckendes Netzwerk von Lokalsektionen ausgebaut, die selbst in Kleingemeinden durchaus überlebensfähig waren, weil – neben dem generellen Bevölkerungswachstum – die zunehmende Zahl politisierender Frauen zur Erhöhung der Mitgliederzahlen beigetragen haben. Dementsprechend hat eine im Jahr 1988 durchgeführte Studie gezeigt, dass damals die meisten Parteisektionen auf eine Phase der Expansion zurückblicken konnten, und dass nur ca. 20% aller Mitglieder der kommunalen Exekutiven parteiunabhängig waren.

So herrschte der Eindruck, die Parteien würden zusätzlich zu den Kantons- und Bundeswahlen immer mehr auch die Wahlen in Gemeindebehörden unter ihre monopolistische Kontrolle nehmen. Seit den 70er Jahren haben vor allem die vier Bundesratsparteien ein fast flächendeckendes Netzwerk von Lokalsektionen ausgebaut, die selbst in Kleingemeinden durchaus zeitweise durchaus überlebensfähig waren, weil – neben dem generellen Bevölkerungswachstum – die die zunehmende Zahl politisierender Frauen zur Erhöhung der Mitgliederzahlen beigetragen haben (Geiser 1991a). So haben bei der Befragung von 1989 die meisten Parteipräsidenten vermeldet, dass die Zahl der aktiven Anhänger im Zeitraum 1994 bis 89 zugenommen habe (Geiser 1991b). Die recht hohe kommunalpolitische Präsenz der Parteien kam darin zum Ausdruck, dass damals nur ca. 20% aller Mitglieder der kommunalen Exekutiven parteiunabhängig waren.

Aus der Tatsache, dass zwischen 1989 und 1994 rund dreimal mehr Neugründungen als Auflösungen (750 gegenüber 280) registriert worden sind, mag man - mit aller methodischer Vorsicht, die bei den empirischen Umfragedaten angebracht ist² - auf einen Expansionsprozess schliessen, der sich anteilmässig zunehmend auf die kleinen Landesparteien sowie rein gemeindeinterne Gruppierungen erstreckte (Ladner 1996: 9).³

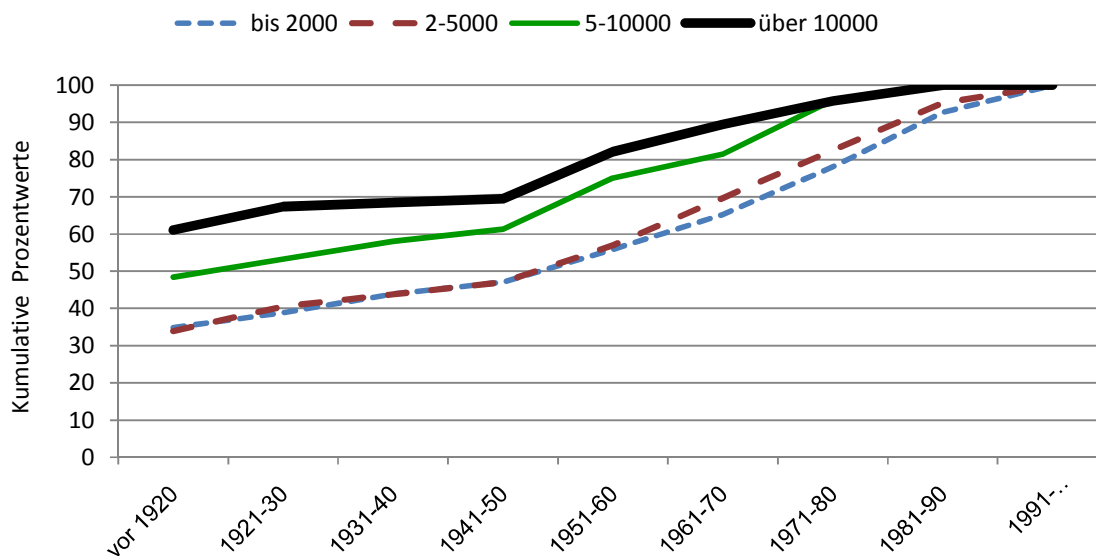
Gemäss Hochrechnungen gesamtschweizerischen Gemeindeumfrage gab es in allen Gemeinden der Schweiz 1994 rund 6000 lokalpolitische Gruppierungen, die - da sie Kandidaten für Ämter aufstellen und/oder regelmässig sachpolitisch tätig sind - als „Parteien“ betrachtet werden können. (Ladner 1996: 2). Bei fast 90% von ihnen handelt es sich um die Ortssektionen der Kantons- und Bundesparteien und nur bei 10% um autochthone Gruppierungen (Ortsvereine, Freie Wähler u.a.) ohne überlokale Einbindung (Ladner 1996: 3).

Der historische Verlauf der lokalen Parteienbildung wird deutlich wenn man die im Jahre 2002 (noch) bestehenden Gruppierungen unter dem Blickwinkel ihres Gründungsjahres miteinander vergleicht.

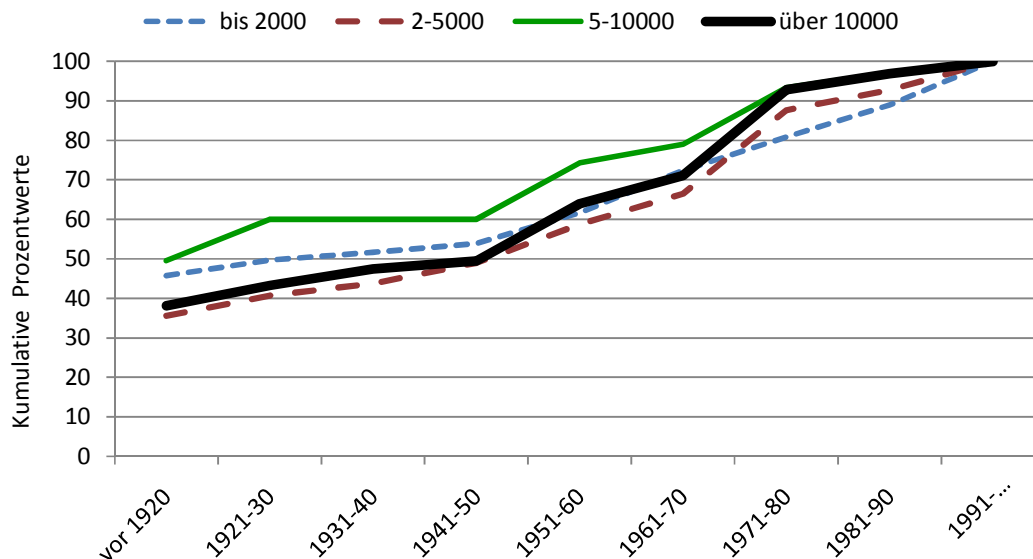
Dabei wird sichtbar, dass sowohl bei den Freisinnigen wie bei den Sozialdemokraten die meisten städtischen Gemeinden bereits sehr früh (vor 1920) mit einer Sektion ausgestattet waren (Figuren 4.1 und 4.4) Sie kontrastieren damit der CVP und der SVP (Figuren 4.2 und 4.3), die (aufgrund ihrer eher ländlichen Prägung) sich diese urbanen Räume mehrheitlich erst nach 1940 erschlossen haben.

² Andererseits gab es bereits zu jener Zeit Hinweise, die auf eine gewisse Redimensionierung des - vielleicht organisatorisch überdehnten - Netzwerks der Lokalparteien hingedeutet haben. So schien die Zahl der Gruppierungen zumindest im Tessin und in den Westschweizer Kantonen (insbesondere VD) seit 1984 rückläufig zu sein. (Ladner 1996: 11).

Figur 4.1: Historischer Verlauf der Gründung von im Jahr 2002 bestehenden FDP-Sektionen: nach Einwohnerzahl der Gemeinden (kumulative Prozentwerte).

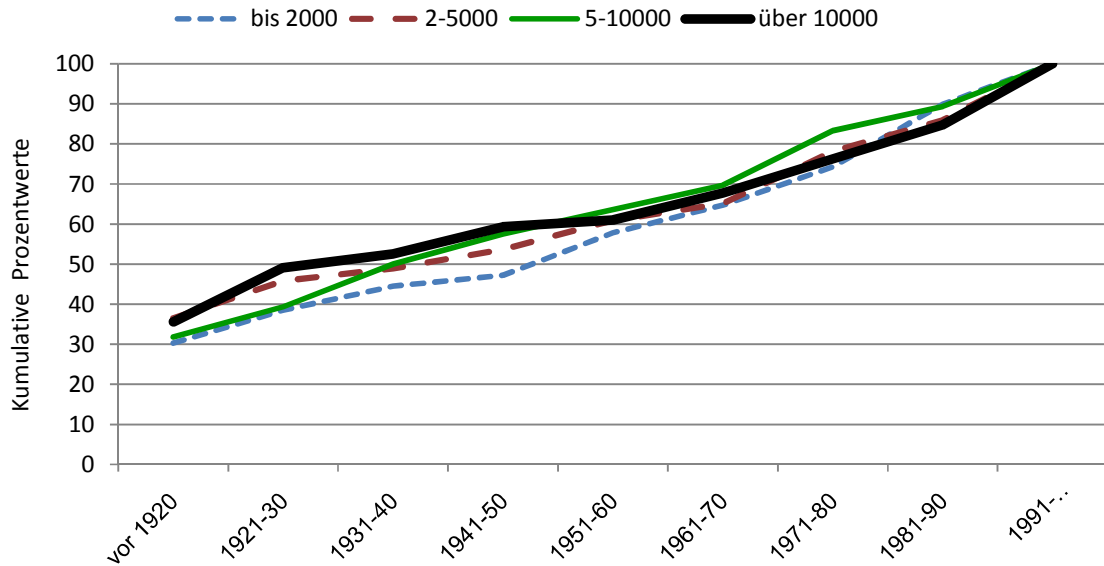


Figur 4.2: Historischer Verlauf der Gründung von im Jahr 2002 bestehenden CVP-Sektionen: nach Einwohnerzahl der Gemeinden (kumulative Prozentwerte).

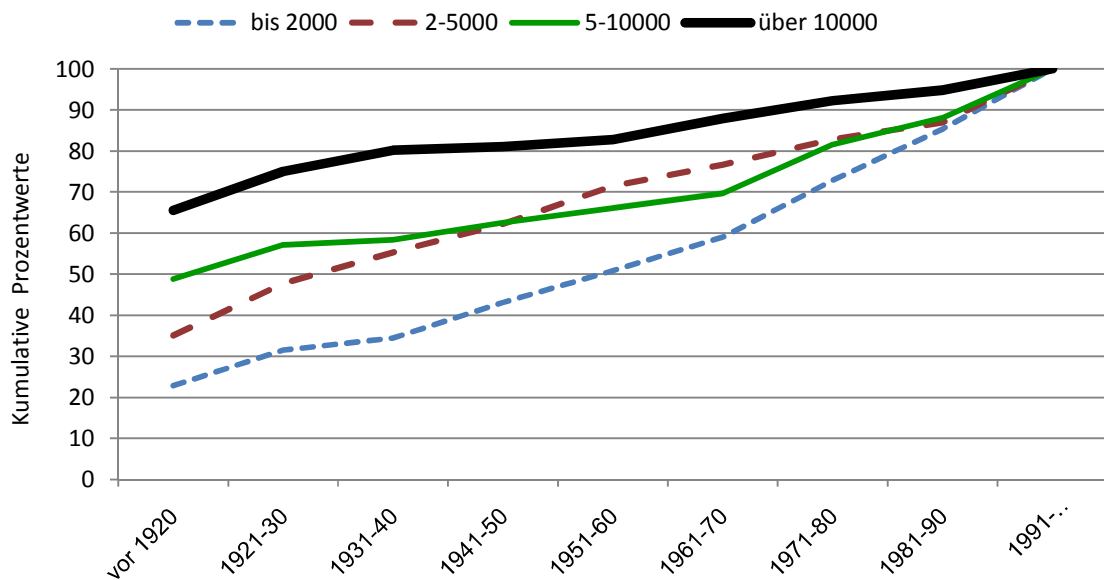


Entsprechend verläuft bei ihnen die städtische Expansion weitgehend parallel zur Ausdehnung den den ländlichen Räumen, wo Lokalparteien überall erst nach 1950 einen kontinuierlichen Aufschwung genommen haben. Der grösste Stadt-Land-Unterschied besteht erwartungsgemäss bei den Sozialdemokraten, wo über die Hälfte aller Sektionen der Kleinstgemeinden (unter 2000 Ew.) erst nach 1960 gegründet worden sind.

Figur 4.3: Historischer Verlauf der Gründung von im Jahr 2002 bestehenden SVP-Sektionen: nach Einwohnerzahl der Gemeinden (kumulative Prozentwerte).



Figur 4.4: Historischer Verlauf der Gründung von im Jahr 2002 bestehenden SP-Sektionen: nach Einwohnerzahl der Gemeinden (kumulative Prozentwerte).



4.3 Das Absterben kleiner Parteien

Seit den 1990er Jahren hat aber in allen drei Sprachregionen eine spürbare Erosion der lokalen Parteiensysteme stattgefunden, die bisher zwar nicht so sehr in ihrer Auflösung, sehr wohl aber in der Verringerung und Überalterung ihrer Anhängerschaften, in der zunehmenden Schwierigkeit zur Ämterbesetzung sowie in einem generellen Niedergang ihres kommunalpolitischen Einflusses Ausdruck gefunden hat.

Diese Entwicklungstendenzen werden deutlich fassbar, wenn man die in der Studie von 1988/89 gewonnenen Ergebnisse mit den Resultaten der 2002 durchgeführten Replikationsstudie vergleicht, in der weitgehend identische Befragungsinstrumente angewendet worden sind.

Als Haupteindruck ergibt sich, dass die lokalen Parteien in den meisten Gemeinden in Erosion begriffen sind und vor allem in den kleineren Kommunen ihre bisherige Kontrolle über die Ämterbesetzung in teilweise drastischem Umfang verlieren. So ist der Anteil der Gemeinden mit aktiven Ortsparteien in den 1990er Jahren von 75 Prozent auf gut die Hälfte zurückgegangen, und gleichzeitig hat sich die Bedeutung dieser Gruppierungen in der Kommunalpolitik deutlich verringert. (Ladner 2003). Die schwindende Bindungskraft der Parteien zeigt sich am klarsten im dramatischen Rückgang ihrer Anhängerschaften. So haben sie in den letzten 15 Jahren im Durchschnitt einen Drittel ihrer Aktiven und 20 Prozent ihrer Mitglieder verloren haben (Geser 2003a; Ladner/Meuli 2005a, Meuli/Ladner 2004).

Die Folgen dieses Mitgliederschwundes sind in der Kommunalpolitik wie auch in den Parteien selber schon deutlich spürbar. So konnte in den letzten Jahren eine Demontage innerparteilicher Führungsstrukturen (Geser 2004c) festgestellt werden. In kleinen Parteien besteht die Tendenz, auf ein kollektives Führungsgremium völlig zu verzichten und die Führung der Partei dem Parteipräsidenten zu überlassen, während in grösseren Parteien städtischer Gemeinden ein Trend zur massiven Verkleinerung der Führungsgremien zu beobachten ist. Gleichzeitig haben vor allem Parteien aus städtischen Gemeinden eine Ausdünnung innerer Interaktionsprozesse vorgenommen, indem sie die Zahl ihrer Mitgliederversammlungen und Vorstandszusammenkünfte deutlich reduziert haben (Geser 2004d). Diese Entwicklung hängt direkt damit zusammen, dass sich die Besetzung innerparteilicher Ämter sehr problematisch gestaltet.

Von besonderer Brisanz für das politische System auf Gemeindeebene sind aber die zunehmenden Probleme der Parteien bei der Personalrekrutierung für öffentliche Ämter. In den Schweizer Gemeinden dürften schätzungsweise insgesamt zwischen 150'000 und 170'000 Ämter zu besetzen sein. Besonders schwer tun sich die Ortsparteien bei der Besetzung der Schlüsselpositionen des kommunalpolitischen Systems, den Exekutivämtern. Mehr als die Hälfte der Ortsparteien hatten bei ihren letzten Exekutivwahlen zu wenig Kandidatinnen oder Kandidaten, und es sieht eher danach aus, dass sich das Problem noch verschärfen wird, denn in 75 Prozent der Lokalsektionen der vier Bundesratsparteien ist die Kandidatensuche in den letzten Jahren eindeutig schwieriger geworden (Geser et al. 2003c: 30 f.). Damit gehen die Parteien langsam ihrer Monopolstellung in der Kandidatenauslese (Burger 1980: 57) verloren. Die Folge ist, dass heute mehr als 40 Prozent der rund 16500 Exekutivsitze in den 2750 Schweizer Gemeinden von Leuten besetzt werden, die keiner Partei verbunden sind. Dazu kommt noch eine beträchtliche Zahl von Exekutivmitgliedern, die einer nur lokal organisierten kleinen politischen Gruppierung angehören.

Ein Grund für das Anwachsen der Parteilosen liegt paradoxerweise darin, dass die aktiven Mitglieder der politischen Parteien häufig nicht für ein öffentliches politisches Amt zur Verfügung stehen, weil sie mit parteiinternen Ämtern und Aufgaben voll ausgelastet sind. Diese Problematik mag sich gerade durch die Erosion der Parteimitgliederschaften verstärken: weil diese notwendigen parteibezogenen Tätigkeiten dann von einer immer geringeren Zahl von Aktiven bewältigt werden müssen.

„.....oft sind qualifizierte Parteimitglieder bereits mit Parteichargen zur Genüge belastet, und mehr und mehr lässt die wachsende zeitliche und arbeitsmässige Belastung der Gemeinderäte auch bei an sich willigen Kandidaten die Lust erlahmen, dieses Amt zu übernehmen. ‚Wer in der Partei aktiv und auch noch Gemeinderat ist, hat eine rechte Bürde zu tragen‘, meint Markus Ambühl, Vizepräsident der SP Mönchaltorf.“ (Steiner 1996).

Im Falle der Schweizer Kommunalparteien sind diese ausserhalb kommunaler Ämter anfallenden Aufgaben deshalb oft besonders umfangreich, weil die Partei in einem direktdemokratischen Kontext operiert, in dem sie aufgefordert ist, sich an Initiativen und Referenden zu beteiligen und in der Einwohnerversammlung oder an Abstimmungskampagnen zu sachpolitischen Fragen Stellung zu nehmen. Dieses Standbein in der Sachpolitik kann durchaus bedeuten, dass die Partei auf die Besetzung öffentlicher Ämter gar nicht besonderen Wert legt, weil sich hinreichende Möglichkeiten sieht, im direktdemokratischen Feld ihren Einfluss geltend zu machen.

Es kann nicht erstaunen, dass sich die landesweiten Parteien vor allem aus den Kleinstgemeinden zurückgezogen haben, wo schon immer nur eine prekäre Basis von aktiven Anhängern (und Amtskandidaten) bestand (Tab 4-1). So hat sich der Anteil parteiloser Gemeinden in der Grössenklasse zwischen 1000 und 2000 Ew. mehr als verdoppelt, und selbst einige mittelgrosse Kommunen (mit 5-10000 Einw.) scheinen ihre lokale Politik heute ohne formal konstituierte Ortsparteien zu betreiben.

Tabelle 4.1: Prozentsatz von Gemeinden ohne Ortsparteien 1994 und 2005: nach Gemeindegrösse

Jahr der Erhebung:	Einwohnerzahl der Gemeinde:						N =
	-500	501-1000	1001-2000	2001-5000	5001-10000	über 100000	
1994	46	29	8	3	0	0	2054
2005	77	45	21	10	9	0	1852

Aus Tabelle 4.2 geht hervor, dass Gemeinden unter 5000 Einwohnern in allen drei Sprachregionen eine Reduktion ihrer Parteilisten erfahren haben, während die grösseren Gemeinden und Städte bisher nur im deutschen Sprachraum von diesem Schrumpfungsprozess betroffen waren.

Nach wie vor profilieren sich die Tessiner Gemeinden mit einem ausserordentlich dichten Parteiennetzwerk, das dafür sorgt, dass bereits oberhalb von 500 Ew. praktisch überall eine Konkurrenz zwischen mindestens zwei Gruppierungen besteht – ein Zustand, der im deutschen Sprachraum erst bei ca. 1800, in der Romandie gar erst bei ca. 4000 Ew. einigermaßen regelmässig besteht. Die dramatischsten Einbrüche sind in der Romandie im Bereich zwischen

500 und 2000 Ew. zu verzeichnen, wo innerhalb von zehn Jahren über 40% aller Lokalparteien verschwunden sind.

Tabelle 4.2: Durchschnittliche Zahl von Lokalparteien 1994 und 2004: nach Sprachregion und Gemeindegrösse

Sprachregion:		Einwohnerzahl der Gemeinde:							N =
		-500	501-1000	1001-2000	2001-5000	5001-10000	10001-25000	über 25000	
deutsch	1994	.83	1.68	2.64	3.84	5.19	7.07	10.00	1201
	2004	.48	1.16	2.40	3.75	4.75	6.15	9.00	723
französisch	1994	.42	1.07	2.09	3.44	4.00	4.81	6.00	580
	2005	.31	.64	1.31	2.61	4.20	5.00	6.00	302
italienisch	1994	1.57	3.50	3.68	4.07	4.25	5.00	--	187
	2005	1.22	2.50	3.10	3.80	5.00	--	--	44

Naheliegender ist die Vermutung, dass neben der Einwohnerzahl vor allem auch die politische Teilnahmebereitschaft der Gemeindebevölkerung einen Einfluss hat, ob und wie viele örtliche Parteigruppierungen bestehen.

Tatsächlich zeigt sich zumindest bei Gemeinden unter 2000 Einw. dass bei hoher durchschnittlicher Stimmbeteiligung (bei Gemeinde- Kantons und Nationalratswahlen) signifikant mehr Lokalparteien als bei niedrigem Wahlinteresses existieren. natürlich mag hier auch die entgegengesetzte Kausalität mitspielen: dass Parteien dank ihrer Mobilisierungsaktivitäten in der Lage sind, die Teilnahmequoten zu erhöhen (Tab. 4.3).

Tabelle 4.3: Durchschnittliche Zahl von Lokalparteien 1994 und 2004: nach Niveau der politischen Partizipation und Gemeindegrösse

Durchschnittliche Stimmbeteiligung 2005 (Gemeinde, Kanton- und Bund):	Einwohnerzahl der Gemeinde:						
	-500	501-1000	1001-2000	2001-5000	5001-10000	10001-25000	über 25000
-40%	.32	.69	1.81	3.79	4.75	5.85	9.00
40-50%	.32	.81	2.20	3.54	4.57	6.33	--
50-60%	.48	1.12	2.61	3.42	5.20	6.00	--
über 60%	.75	2.43	2.83	3.50	4.50	--	--
F-Test	2.73	12.78	3.78	1.28	.89	.38	--
Sign.	.044	.000	.012	.532	.571	.686	--

4.4 Verringerung (und Überalterung) der Anhängerschaften

Eine zweite Ausdrucksform der lokalen Parteienerosion zeigt sich beim Vergleich der beiden Parteienerhebungen darin, dass die Zahl regelmässig aktiver Anhänger im Zeitraum 1989 bis 2002 in den meisten Sektionen stark rückläufig war. Wiederum stechen hier die Kleingemeinden zwischen 1000 und 2000 Ew. hervor, wo sich der durchschnittliche Bestand der Aktiven um fast 40% (von 35.0 auf 21.4) verringert hat. Auch in allen andern Grössenkategorien liegt der Verlust bei mindestens 30 Prozent (Tab. 4.4).

Tabelle 4.4: Durchschnittliche Zahl von aktiven Parteimitgliedern pro Jahr in den lokalen Parteisektionen: nach Gemeindegrösse 1989 und 2002

Jahr der Erhebung:	Einwohnerzahl der Gemeinde:							N =
	-500	501-1000	1001-2000	2001-5000	5001-10000	10001-25000	über 25000	
1989	26.5	29.1	35.0	33.8	38.7	44.5	59.3	2433
2002	17.5	18.4	21.4	23.3	27.4	29.7	43.2	2469
F-Test Sign.)	9.58 .002	19.72 .000	40.63 .000	57.74 .000	17.41 .000	13.04 .000	5.13 .019	

Beim Vergleich der Kantone (Figur 4.5) zeigt sich, dass – mit Ausnahme von Glarus, Appenzell-Ausserrhoden und Obwalden – alle Regionen der Schweiz vom Niedergang der Parteianhängerschaften betroffen waren.

Besonders dramatische Ausmasse hat er in den ländlichen Kantonen Wallis, Tessin, Graubünden und Luzern angenommen, wo durchschnittlich über die Hälfte aller Parteiaktiven verschwunden sind, (während in Basel-Land, Genf und Thurgau umgekehrt nur unwesentliche Veränderungen stattgefunden haben).

Ein Hauptgrund für den Niedergang besteht darin, dass es den Ortsparteien weniger als früher gelingt, jüngere Mitglieder zu gewinnen. So ist der mittlere Anteil der unter 40-Jährigen ungeachtet der Gemeindegrösse durchwegs auf unter 30% abgesunken: besonders ausgeprägt in den Gemeinden mit 5-10000 Ew. wo mittlerweile weniger als 24% alle Parteianhänger dieser Altersgruppe angehören (Tab. 4.5).

Figur 4.5: Entwicklungstendenzen in der durchschnittlichen Zahl aktiver Mitglieder in den lokalen Parteisektionen (1989-2002): nach Kantonen

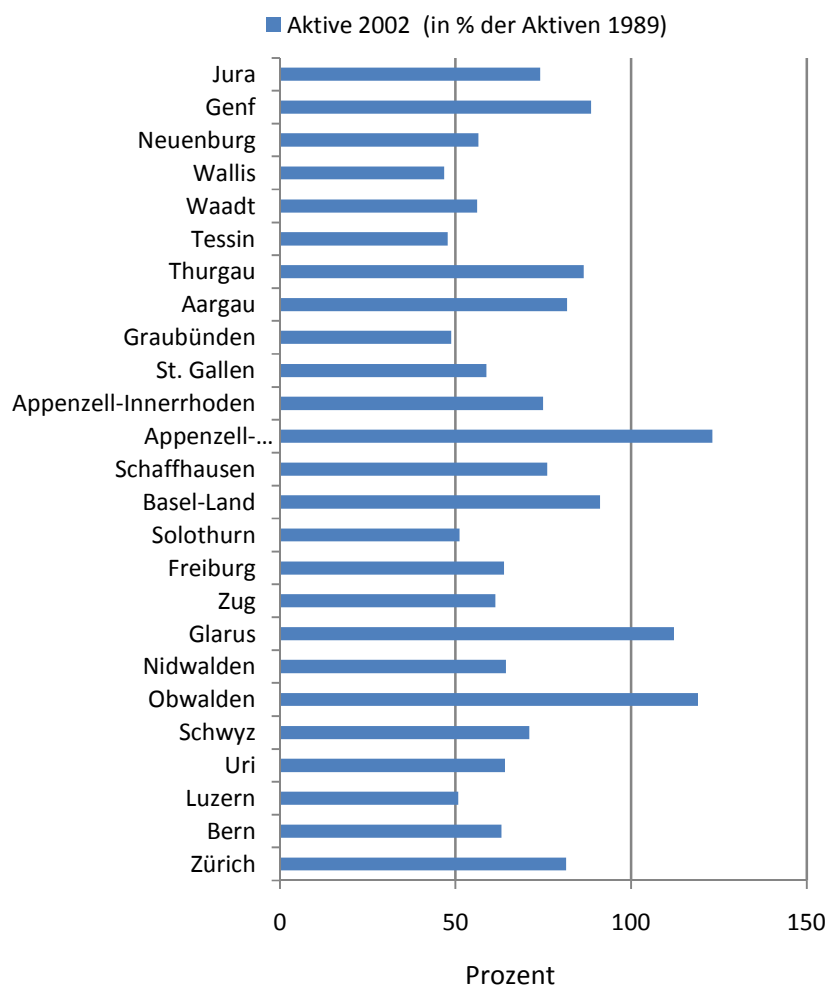


Tabelle 4.5: Durchschnittlicher Prozentanteil von Parteianhängern unter 40 Jahren in den lokalen Parteisektionen: nach Gemeindegrösse 1989 und 2002.

Jahr der Erhebung:	Einwohnerzahl der Gemeinde:							N =
	-500	501-1000	1001-2000	2001-5000	5001-10000	10001-25000	über 25000	
1989	35.0	34.6	35.0	30.8	32.8	33.8	32.5	2410
2002	29.4	28.5	27.3	25.4	23.9	28.0	27.2	2238
F-Test Sign.)	8.71 .003	13.928 .000	45.25 .000	35.79 .000	49.07 .000	10.71 .001	4.08 .049	

4.5 Reduktion innerer Parteiaktivitäten

Als Folge der ausgedünnten Mitgliederbasis werden die Binnenaktivitäten der Parteien und ihre Wirkungen nach aussen gleichermassen reduziert. Nach innen können die Parteien oft nicht mehr jenes Niveau an Versammlungs-, und Gremienaktivitäten aufrechterhalten, das zur Diskussion anstehender Fragen und zur Erarbeitung von kollektiven Entscheidungen notwendig ist. Mit Blick auf die innere Parteidemokratie ist besonders problematisch, dass die Zahl jährlicher Parteiversammlungen erheblich sinkt: am deutlichsten in den grösseren Städten, wo anstelle von 7-8 nur noch 4-5 Versammlungen abgehalten werden (Tab. 4.6).

Tabelle 4.6: Durchschnittliche Zahl von Parteiversammlungen pro Jahr in den lokalen Parteisektionen: nach Gemeindegrösse 1989 und 2002

Jahr der Erhebung:	Einwohnerzahl der Gemeinde							N =
	-500	501-1000	1001-2000	2001-5000	5001-10000	10001-25000	über 25000	
1989	2.04	2.55	2.94	4.08	4.80	5.60	7.38	2406
2002	1.38	2.11	2.36	3.06	3.50	4.30	4.42	2499
F-Test Sign.)	18.10 .000	8.21 .004	19.25 .000	50.66 .000	45.92 .000	12.79 .000	15.44 .000	

4.6 Niedergang der kommunalpolitischen Einflussposition

Nach aussen wird die generelle Einflussstellung der Lokalpartei in der Gemeindepolitik gefährdet, indem sie häufig nicht mehr in der Lage ist, frei werdende Exekutivsitze, auf die sie aufgrund der Stimmenverhältnisse Anspruch hätte, mit eigenen Kandidaten zu besetzen. Diese Problematik ist in mittleren Gemeinden mit 2-5000 Einwohnern (wo fast 60% der Parteien einen chronischen Personalmangel beklagen) am häufigsten vorzufinden, während in den Städten öfters ein ausreichendes Rekrutierungsfeld zur Verfügung steht (Tab 4.7).

Tabelle 4.7: Anteil der lokalen Parteisektionen, die im Normalfall „zu wenig“ eigene Kandidaten für die Gemeindeexekutive finden: nach Gemeindegrösse 1989 und 2002 (Prozentsätze)

Jahr der Erhebung:	Einwohnerzahl der Gemeinde							N =
	-500	501-1000	1001-2000	2001-5000	5001-10000	10001-25000	über 25000	
1989	32	40	47	49	46	46	31	2433
2002	51	55	54	57	51	47	30	2469
Chi2 sign.	21.62 .000	14.48 .001	11.79 .003	19.79 .000	3.40 .183	1.69 .428	1.07 .523	

So darf – als Gesamtergebnis all dieser Entwicklungen - damit gerechnet werden, dass die generelle kommunalpolitische Einflussstellung der Lokalparteien erodiert. Zur Bestimmung dieser Stellung kann die in den Parteiensurveys von 1989 und 2002 in identischer Form

erhobene Frage herangezogen werden, in welcher die Informanten (auf einer vierstufigen Skala von 0 bis 3) den Einfluss ihrer Gruppierung auf generelle Prozesse politischer Meinungsbildung, Sachabstimmungen, Wahlen und die Exekutiventscheidungen in ihrer Gemeinde angeben mussten. Die Ergebnisse zeigen, dass in allen vier Aspekten ein Verlust an Einfluss stattgefunden hat: am wenigsten erwartungsgemäss bei den Exekutiventscheidungen, die sich aufgrund der Tatsache, dass sie von einem Vielparteiengremium getroffen werden, sich dem Einfluss einzelner Parteien generell relativ weitgehend entziehen (Tab 4.8).

Tabelle 4.8: Durchschnittlicher Einfluss der Lokalpartei auf verschiedene Aspekte der Kommunalpolitik: 1989 und 2002. (Skala von 0-3).

Jahr der Erhebung	Einfluss der Lokalpartei auf:			
	Meinungsbildung in der Gemeinde	Kommunale Abstimmungen	Kommunale Wahlen	Beschlüsse in der Gemeindeexekutiv
1989	1.62	1.56	1.72	1.50
2002	1.55	1.44	1.63	1.43
F-Test Sign.)	14.87 .000	35.03 .000	10.19 .000	9.78 .002

Der (aus der Addition der vier Teilvariablen gebildete) summative Einfluss des kommunalpolitischen Einflusses zeigt in nicht weniger als 19 von 24 Kantonen eine deutlich abnehmende Tendenz (Figur 4.6). Während der wachsende Parteeinfluss in Glarus und Obwalden nicht überrascht, da er mit einer Zunahme der Mitgliederbasis (vgl. Figur 4.6) einhergeht, fehlt eine Erklärung, warum in Nidwalden und Zug analoge Entwicklungen stattgefunden haben.

Der abnehmende kommunalpolitische Einfluss der Lokalparteien zeigt sich darin, dass sie immer weniger darin erfolgreich sind, durch Informations- und Mobilisierungsarbeit die Teilnahme der Bevölkerung an den Gemeindewahlen zu erhöhen.

So zeigt sich in Tabelle 4.9, dass die Korrelationen zwischen der Wahlbeteiligung und der Anzahl organisierter Lokalparteien im Zeitraum 1988-2004 eher abgenommen haben. Eine Ausnahme bilden allerdings die Gemeinden mit 501-1000 Einwohnern, wo der Zusammenhang geringfügig enger geworden ist.

Tabelle 4.9: Korrelationen zwischen der Anzahl lokaler Parteien und der Beteiligung an kommunalen Wahlen 1989 und 2004: nach Gemeindegrösse (Prozentwerte).

	Einwohnerzahl der Gemeinde							
	-500		501-1000		1001-2000		2001-5000	
	1988	2004	1988	2004	1988	2004	1988	2004
Korrelation	.204	.157	.266	.295	.323	.248	.102	-.055
Sign.	.000	.007	.000	.000	.000	.000	.038	.464
N =	707	293	416	189	402	178	415	178

Figur 4.6: Kommunalpolitischer Einfluss der lokalen Parteisektionen 1989 und 2002 (Skala von 0-12)

